

## Antrag

der Abgeordneten Dr. Dirk Spaniel, Leif-Erik-Holm, Wolfgang Wiehle, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Matthias Büttner, Petr Bystron, Dietmar Friedhoff, Mariana Harder-Kühnel, Jens Kestner, Jörn König, Christoph Neumann, Tobias Matthias Peterka, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

### Investitionsoffensive im Infrastrukturbereich – Das Investitionsbeschleunigungsgesetz sinnvoll ergänzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland steckt im Investitionsstau. Speziell im Straßenbereich verzögern sich Baumaßnahmen erheblich und sorgen damit für Frustration bei Bürgern und Wirtschaft. Große Infrastrukturprojekte müssen daher schneller realisiert werden können, dies scheidet bisher an undurchsichtigen Bürokratievorschriften, die sich über Monate in gerichtliche Verfahren erstrecken.

Weiterhin stellen wir fest, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen bei der Entwicklung von Bauprojekten immer mehr als Vordergrund herangezogen werden, um politisch gewollt Projekte zu verhindern. Speziell im Straßenbau werden Raumordnungsverfahren und vermeintliche Umweltschutzaspekte herangezogen, um Investitionen zu erschweren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der

1. eine Beschleunigungswirkung nicht ausschließlich zum Vorteil von Schienen und Wasserstraßenprojekten erreicht, sondern

- gleichermaßen für Straßenbau- und Flughafeninfrastrukturprojekte erzielt,
2. die entsprechend dem Vorschlag der EU-Verordnung COM (2018) 277 die Erarbeitung der Planungsgrundlagen auf 24 Monate verkürzt,
  3. die Möglichkeiten der Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsprozessen umsetzt,
  4. eine verbindliche und transparente Einsehbarkeit von Infrastrukturprojekten einschließlich der Berechnung der Kosten-Nutzen-Verhältnisse gewährleistet,
  5. eine Priorisierung der Planungskapazitäten pro Verkehrsträger entsprechend dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der Projekte ermöglicht, der die Umsetzung von Infrastrukturprojekten unideologisch und primär nach dem Kriterium des vorteilhaftesten Kosten-Nutzen-Verhältnis fordert.

Berlin, den 6. Oktober 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

### **Begründung**

Ein modernes Industrieland, das seinen Wohlstand sichern will, benötigt schlankere und digitale Verfahren, um niedrigere Transaktionskosten im Verkehrsbereich zu ermöglichen. Dieses muss durch ein modernes Planungs- und Genehmigungsrecht flankiert werden, damit zukünftige Vorhaben mit gleicher Geschwindigkeit wie in unseren Nachbarländern realisiert werden können. Dieses ist erforderlich, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten.

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*